

Wir brauchen auch keine Warnungen der Cassandra, jener berühmten Figur, um festzuhalten, dass die Ermittlungsbehörden in Nordrhein-Westfalen mit hohem Verantwortungsbewusstsein eine Quellen-TKÜ einsetzen. Die nordrhein-westfälische Polizei arbeitet rechtsstaatlich, auf dem Boden der Verfassung, sowohl online als auch offline. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Wir sind damit am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Die antragsstellende Fraktion der FDP hat die direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 15/3042** der Fraktion Die Linke. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/2989**. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Die Fraktionen der Linken und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu

5 Castortransport 2011 stoppen – raus aus der Atomwirtschaft!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2981

Die Beratung eröffnet für die antragstellende Fraktion Die Linke Herr Aggelidis.

(Allgemeine Unruhe)

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, falls Sie das Thema nicht interessiert oder Sie weiteren Besprechungsbedarf haben, dann kommen Sie dem bitte leise oder draußen nach. Wenn Sie rausgehen, dann gehen Sie bitte auch leise hinaus.

Michael Aggelidis (LINKE): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Castortransporte sind hochgefährlich. Atommüllbehälter können bei schweren Unfällen so

stark beschädigt werden, dass die Umgebung weiträumig verstrahlt wird.

Nicht bei allen verwendeten Castortypen wurden Sicherheitstest durchgeführt – bei manchen schon, und die halten einen Sturz aus neun Metern Höhe einigermaßen aus. Aber viele der von Castortransporten benutzten Brücken sind sehr viel höher.

Was die Hitzebeständigkeit angeht, so sind Castorbehälter bei einem Feuer test eine halbe Stunde lang 800° Celsius ausgesetzt worden. Brandentwicklungen bei Zugunglücken können aber Temperaturen von bis zu 2.000°Celsius entwickeln.

Katastrophenszenarien wie Zugunglücke, Terroranschläge oder Flugzeugabstürze können nicht guten Gewissens ausgeschlossen werden.

Doch auch ohne schlimme Unfälle gehen von den Castortransporten Gefahren für die Gesundheit aus. Jahrelang wurde das Risiko für die Begleitmannschaften, die der Neutronenstrahlung ausgesetzt sind, sträflich unterschätzt.

Im Frühjahr 1998 wurde an den Außenhüllen der Behälter die Überschreitung der Kontaminationsgrenzwerte um das 4.350-fache gemessen. Ich wiederhole: um das 4.350-fache.

Bundesumweltministerin war damals Angela Merkel. Sie verhängte einen Transportstopp. Im Januar 2000 hob die damalige Bundesregierung diesen Transportstopp wieder auf, obwohl die Ursachen für die massiven Grenzwertüberschreitungen nie geklärt werden konnten. Das nenne ich eine unverantwortliche Vogel-Strauß-Politik.

Wir Linken fordern in unserem Antrag die Landesregierung auf, alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um den geplanten Castortransport über das Gebiet von NRW zu verhindern. Wir halten es darüber hinaus für die Pflicht jeder Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, ökologisch verantwortlich und im Interesse der Bevölkerung zu handeln, die Menschen zu ermutigen, sich dem atomaren Wahnsinn aktiv zu widersetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Darum muss die Landesregierung die Bevölkerung über die geplanten Atomtransporte sowie über die Demonstrations- und Kundgebungsorte umfassend informieren. Denken Sie bitte daran: Ohne die neue Stärke der Anti-AKW-Bewegung, die die Ablehnung der Atomwirtschaft durch die große Mehrheit der Bevölkerung wirksam artikuliert hat, hätten wir wohl noch heute die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke.

(Beifall von der LINKEN)

Dieselbe Bewegung muss jetzt wieder so stark wie möglich gemacht werden, damit die Politik endlich registriert: Es gibt keine sicheren Atomtransporte.

(Beifall von der LINKEN)

Es gibt keine sichere Endlagerung für atomaren Müll. Deshalb gibt es nur eine einzige verantwortliche Entscheidung: Es darf überhaupt kein Atommüll mehr produziert werden. Die atomare Produktionskette muss abgebrochen werden – Ausstieg sofort!

(Beifall von der LINKEN)

Darum verlangen wir von der Landesregierung, noch im laufenden Jahr einen konkreten Plan zur Abwicklung der atomaren Anlagen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen – angefangen mit der Urananreicherungsanlage in Gronau.

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Ich möchte abschließend noch einmal auf die möglichen Katastrophen und den Katastrophenschutz eingehen. Herr Minister Jäger, können Sie uns mitteilen, wie Nordrhein-Westfalen für den Fall der atomaren Katastrophe gerüstet ist, falls durch einen schrecklichen Unfall große Mengen atomarer Strahlung freigesetzt werden?

Wie wird dann die medizinische Versorgung der Strahlenopfer aussehen? Sind ausreichend Jodtabletten vorhanden? Wo lagern sie? Wie werden sie verteilt? Wie sollen die Menschen versorgt werden, die ihre Häuser oder die Gebäude, in denen sie sich gerade aufhalten, nicht mehr verlassen sollen? Wie werden sie gewarnt? Wie viele Busse und Pkw stehen für Evakuierungsmaßnahmen zur Verfügung? Stimmt es, dass bei der Evakuierungsplanung in unserem Land generell davon ausgegangen wird, dass 80 % der Bevölkerung selbst in der Lage sind, das Evakuierungsgebiet zu verlassen? Was geschieht mit den übrigen? Was halten Sie von dieser Annahme, Herr Minister Jäger?

Hat das Land laufenden Kontakt mit den analytischen Task-Forces in Dortmund und Köln? Hat es überhaupt schon gemeinsame Übungen für den Ernstfall gegeben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn diese Fragen konkret beantwortet sind, werden Sie sehen: Allein schon die unzureichende Vorbereitung auf die mögliche atomare Katastrophe macht zwingend erforderlich, dem Castortransport Einhalt zu gebieten. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Aggelidis. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Rickfelder.

Josef Rickfelder (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe lange überlegt, ob ich mich mit diesem Antrag überhaupt auseinandersetzen soll und ob er es überhaupt wert ist, dazu eine Rede zu halten.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Aha!)

Wie Sie sehen, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass ich Ihnen gern meine persönliche und die Haltung meiner Fraktion erklären möchte. Ich kann aber wohl getrost darauf verzichten, hier Ihre Haltung zu kommentieren. So ideologisch vernebelt, wie Sie sind, können Sie unseren Argumenten wahrscheinlich doch nicht folgen. Wahrscheinlich werden Sie das auch nicht wollen.

Worum geht es aus unserer Sicht in Ihrem Antrag? – Sie wollen, dass sich der Landtag gegen alle Transporte radioaktiver Stoffe, insbesondere, wenn das Gebiet von Nordrhein-Westfalen berührt wird, ausspricht.

Sie wollen, dass der Landtag die Bürgerinnen und Bürger auffordert, sich vielfach und kreativ an den Protesten zu beteiligen und gegen die Transporte zu demonstrieren.

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Weiterhin fordern Sie die Landesregierung zu verschiedenen Handlungen auf, auf die ich gleich im Einzelnen noch zu sprechen kommen werde.

Herr Aggelidis, Sie haben gerade gefordert, dass keine Endlagerung stattfinden, dass man verzichten und Gorleben nicht weiter untersuchen solle. Ich frage Sie: Wohin wollen Sie mit dem Müll, der bis heute entstanden ist? Wollen sie ihn herumliegen lassen, oder was wollen Sie damit tun?

(Michael Aggelidis [LINKE]: Sie produzieren ihn weiter! Beantworten Sie zuerst einmal diese Frage! – Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

– Das ist natürlich eine tolle Antwort. – Meine Damen und Herren von den Linken, ich möchte gerne von Ihnen wissen, was Sie damit meinen, auf alle Transporte radioaktiver Stoffe zu verzichten. Was ist mit den radioaktiven Stoffen aus Krankenhäusern? Sollen sie zukünftig dort endgelagert werden?

Was ist mit radioaktiven Stoffen aus Forschungseinrichtungen wie den Universitäten? Sollen sie dort endgelagert werden?

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Wo ist das Endlager?)

Wenn Sie nur einen Moment über die Forderungen in Ihrem Antrag nachdenken würden, sollten Ihnen die Unsinnigkeiten auffallen, die Sie dort formuliert haben.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Haben Sie einen Endlagervorschlag? – Zuruf von der LINKEN: Außer Gorleben?)

Zum zweiten Punkt Ihres Antrags. Verschlüsselt fordern Sie genau wie vor einem Jahr zu Straftaten auf. Sie nennen zwar nicht mehr den Begriff „Schottern“, aber dafür müssen nun friedliche Sitzblockaden herhalten. Ihre „friedlichen Sitzblockaden“ kennen wir.

Zu ihrer Friedlichkeit und Gewaltfreiheit möchte ich gern aus der „taz“ vom April dieses Jahres zitieren: „Linksradikale Gruppen wollen auch den diesjährigen Castortransporten mit einer ‚Schotter‘-Kampagne entgegenreten.“

An einer anderen Stelle heißt es: Mit der Aktion „Castor Schottern 2.0“ wolle man „den Widerstand gegen die Atommülltransporte im Wendland radikalisieren“.

Wiederum eine andere Stelle lautet: In einer Erklärung der interventionistischen Linken im Internet heißt es „etwa unverhohlen, insbesondere die Pufferfunktion, die vor allem durch Abgeordnete der Linkspartei NRW geleistet wurde“, sei eine essenzielle Unterstützung für den Erfolg der Widerstandskampagne gewesen.“

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Herr Aggelidis, ich glaube kaum, dass Sie und Ihr Handeln besser als mit den Formulierungen im genannten Bericht in der „taz“ zu entlarven sind.

Zum dritten Punkt Ihres Antrags. Sie fordern die Landesregierung auf, deutlich zu machen, „dass aus polizeilicher Sicht die störungsfreie Abwicklung des Transportes ... nicht mehr hinreichend gewährleistet“ sei.

Sagen Sie einmal: Wie schizophren sind Sie eigentlich? Im zweiten Punkt fordern Sie zu Straftaten auf, und im dritten Punkt soll die Landesregierung erklären, dass die Sicherheit durch die Polizei nicht mehr gewährleistet werden könne?

Weiterhin fordern Sie die Landesregierung auf, einen „Plan zur Abwicklung aller atomaren Anlagen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.“ Erklären Sie uns bitte, was Sie damit meinen. Nordrhein-Westfalen verfügt nicht über Atomkraftwerke.

Oder dürfen zukünftig keine medizinischen oder wissenschaftlichen Nutzungen von radioaktiven Stoffen mehr stattfinden? Sollen Menschen lieber an Krankheiten sterben, weil erforderliche Bestrahlungen nicht mehr möglich sind?

Ich glaube, Ihr Antrag erfüllt auf der einen Seite Ihren Wunsch, sich mit dem demokratischen Rechtsstaat anzulegen. Auf der anderen Seite ist er so weltfremd, dass Sie lieber kranke Menschen sterben lassen.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: So platt! So plump!)

Vizepräsidentin Gunhild Böh: Herr Rickfelder, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Aggelidis zulassen?

Josef Rickfelder (CDU): Nein, danke. Er hatte Zeit zu reden. Ich möchte gern fertig werden.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Okay! Behauptungen aufstellen und keine Nachfragen zulassen! – Michael Aggelidis [LINKE]: Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren von den Linken, Sie sollten genauso gut wissen wie wir,

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht! Das haben Sie immer noch nicht gelernt!)

dass die Castortransporte, wie sie jetzt wieder nach Gorleben stattfinden müssen

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das lasse ich nicht auf mir sitzen!)

– hören Sie doch zu. –, Notwendigkeiten aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen zur Rücknahme unseres nach Frankreich gelieferten radioaktiven Materials darstellen. Der Ausstieg aus der Energieerzeugung mittels Atomkraft ist beschlossene Sache, und zwar im Konsens aller demokratischen Parteien.

Mit Ihrer utopischen Forderung nach einem Komplettausstieg bis zum Jahr 2014 sind Sie verantwortlich für unsoziale Strompreise und für mangelhafte Versorgungssicherheit.

Die CDU wird diesen rechtlich äußerst bedenklichen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böh: Danke, Herr Rickfelder. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Stinka.

André Stinka¹⁾ (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte zunächst einen anderen Einstieg wählen, aber jetzt lautet er: Herr Aggelidis, Sie müssten es im Grunde besser wissen. Es ist bitter, wie Sie hier Krankentransporte und Katastrophenszenarien anführen und auf dem Rücken der Menschen über diesen wirklich ganz schlechten Antrag diskutieren wollen. Das ist unglaublich.

(Beifall von der SPD)

Das wird den Menschen, die aufrecht gegen Castortransporte demonstrieren wollen, die ehrlicher Weise noch einmal deutlich machen wollen, was sie von Atomkraft halten, überhaupt nicht gerecht. Es macht uns in der SPD-Fraktion noch einmal deutlich, dass es Ihnen nicht darum geht – Sie fragten bei meinem Vorredner noch einmal dazwischen, was mit dem Restmüll wird –, die Problematik „Restmüll“ anzugehen. Nein, aus den Augen, aus dem Sinn: Das ist keine verantwortliche Politik, wie sie von der SPD-Fraktion hier getragen wird.

Wir von der rot-grünen Landesregierung haben hier im Land immer in der von uns betriebenen Politik deutlich gesagt, dass Atomkraft und alles, was damit zusammenhängt, sicherlich sehr kritisch zu sehen ist.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, ein Ausstieg bis 2014 wäre möglich. – Ist dann der Müll zu Ende, Herr Aggelidis, oder machen Sie hier eine Milchmädchenrechnung auf? Die Atomkraftwerke verschwinden eben nicht in Löchern.

Verantwortliche Politik, wie sie ganz klar auch im Koalitionsvertrag steht, besteht auch darin, a) anzuerkennen, wer für was wo im Bund zuständig ist, und b), den Menschen kein Wolkenkuckucksheim vorzuspielen, sondern zu erklären, was man in der Frage der Atomwirtschaft organisieren kann.

Für uns zählt auch, Herr Aggelidis, dass einmal ausgesprochene Genehmigungen – ich habe bei Ihnen manchmal Zweifel, was das Privatrecht angeht – Genehmigungen sind, auf die Unternehmer auch Finanzierungen aufgebaut haben. Herr Aggelidis, Sie müssten den Menschen auch erklären, dass es Geld kostet, wenn man diese Genehmigungen wieder einkassiert und im Grunde kalt enteignet – Geld, das Sie überall einsammeln wollen, Herr Aggelidis. – So kann man einen Umbau in der Energiewirtschaft nicht sinnvoll voranbringen.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass, wenn es Ihnen wirklich darum geht, die Protestierenden hier im Land zu unterstützen, diese Unterstützung durch diesen Luftantrag erfolgen kann.

Sagen Sie den Menschen die Wahrheit! Nennen Sie die Fakten! Tun Sie nicht so, als ob der Ausstieg bis 2014 möglich wäre, ohne dass der Staat in Haftung genommen würde. Vor diesem Hintergrund haben wir immer den rot-grünen Ausstiegsbeschluss verteidigt und für rechtsstaatlich sinnvoll gehalten.

Wenn Sie dann noch anführen, dass Ihnen die Belastung der Polizisten so leidtut, dann müssen Sie auch deutlich sagen, dass Sie den Müll auch nicht verschwinden lassen können. Sie können weder zaubern noch können Sie hier das Recht brechen, was für uns eine ganz wichtige Sache ist. Es gibt keine Lex für irgendjemanden.

Vor dem Hintergrund wird unsere Fraktion den Antrag deutlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn dieses Jahres haben SPD, Grüne und Linke einen Antrag in diesem Haus eingebracht und beschlossen,

in dem die Bundesregierung eindeutig aufgefordert wird – ich zitiere –, „als beherrschende Mehrheitsgesellschaftlerin den Vorstand des Forschungszentrums Jülich zu veranlassen, den Antrag auf Einlagerung der 152 Castoren mit Brennelementekugeln aus dem AVR Jülich in Ahaus unverzüglich zurückzuziehen und stattdessen die Voraussetzungen für eine weitere Zwischenlagerung in Jülich zu schaffen, bis die hochradioaktiven Brennelemente in ein genehmigtes Endlager verbracht werden können.“ – Zitat Ende. – Der Landtag hat sich somit vor wenigen Monaten klar positioniert.

Dass wir uns heute erneut mit diesem Thema beschäftigen müssen, hat offensichtlich zwei Gründe. Zum einen ist dafür verantwortlich die unverantwortliche Politik des Bundesumweltministers und CDU-Landesvorsitzenden Norbert Röttgen, zum anderen die Symbolpolitik der Linkspartei.

Selbstverständlich, werte Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, teilen wir als Grüne die in dem Antrag geübte Kritik an Herrn Röttgen – nicht nur, was Gorleben betrifft, sondern auch mit Blick auf diese völlig unnötigen Transporte. Wenn die Castoren aus Jülich zur Endlagerung noch neu konditioniert, also endlagerfertig verpackt werden müssten – das ist in Ahaus überhaupt nicht möglich –, müssten sie in einigen Jahren wieder von Ahaus nach Jülich zurückgebracht werden, bevor sie dann endgültig an eine halbwegs sichere Lagerstätte verbracht werden könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht also darum, drei Transporte durchzuführen. Das lehnen wir ab. Das haben wir im Frühjahr mit Ihnen zusammen abgelehnt. Das tun wir auch immer noch. Deswegen appellieren wir an Sie, lieber Herr Josef Hovenjürgen: Setzen Sie sich mit Ihrer Fraktion endlich bei Ihrem Landesvorsitzenden und bei Frau Ministerin Schavan dafür ein, dass diese Transporte unterbunden werden!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wäre es nicht sinnvoller, diese Transporte der Castoren nicht durchzuführen, bis eine sichere Einlagerungsstätte gefunden ist – das ist eine gemeinschaftliche Aufgabe –, und in Jülich zu belassen, das dortige Zwischenlager zu ertüchtigen und dies alles in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu regeln, damit die Duldung auf handfeste Füße gestellt wird?

Nun zu ihnen, liebe Freundinnen und Freunde von der Linkspartei! Was ich an Ihrem Antrag nicht teilen kann, ist die ausgebreitete Symbolpolitik. Wir sollen jetzt hier beschließen, zur Behinderung der Transporte aufzurufen. Gleichzeitig sollen wir beschließen – ich zitiere –, „dass aus polizeilicher Sicht die störungsfreie Abwicklung des Transportes in Anbetracht der zu erwartenden Proteste nicht mehr hinreichend gewährleistet werden kann.“

Ich frage Sie ernsthaft: Welcher Ex-Sponti und Hobby-Staatsrechtler schreibt eigentlich Ihre Anträge? Stellen Sie sich einmal vor, eine – zugegebenermaßen sehr konservative – Regierung würde eine derartige Auffassung von Recht und Gesetz vertreten, indem sie etwa im Parlament die Rückkehr der Frauen an den Herd beschließen will und zugleich die Betriebe per Beschluss dazu aufruft, die Frauen schon einmal vorsorglich zu entlassen. Das gefiele Ihnen sicherlich auch nicht.

Ich habe überhaupt nichts gegen Proteste und die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts. Ganz im Gegenteil! Wir werden uns wahrscheinlich auch im nächsten Monat in Gorleben wiedersehen.

(Gregor Golland [CDU]: Beim Schottern!)

Aber ich habe sehr viel dagegen, den Staat entgegen Art. 4 Grundgesetz zum Instrument einer Weltanschauung zu machen. Niemand steht über dem Gesetz – nicht die vermeintlich ewige Wahrheit des dialektischen Materialismus, liebe Freundinnen und Freunde der Linkspartei, und noch nicht einmal dieses Parlament als Verfassungsorgan.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Eine Minderheitsregierung bedeutet im Prinzip das Regieren mit wechselnden Mehrheiten. Wenn uns das in NRW ähnlich wie in Skandinavien gelingen soll, dann stehen wir allesamt in der Pflicht, unsere ideologischen Gräben zu überwinden und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dies gilt vor allen Dingen in Zeiten einer Vertrauenskrise der Demokratie.

Abschließend halte ich fest: Die Zuständigkeiten sind so, wie sie sind. Die letztendliche Verantwortung für diese Transporte liegt nicht in Nordrhein-Westfalen. Sie liegt im Bund, und zwar unter anderem bei Herrn Röttgen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hui!)

Er wird sich entscheiden müssen, ob er immer noch vorhat, in die Geschichte als der CDU-Landesvorsitzende einzugehen, der zwar niemals Mitglied in diesem Parlament war, aber die größten Atomtransporte zu vertreten hat, die es in diesem Land jemals gegeben hat, und zwar gegen den Willen der Bevölkerung, gegen den Willen des Parlaments und auch gegen den Willen der GdP. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Markert. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie, meine Kolleginnen und Kollegen der Linken, missbrauchen die Castor-

transporte als Feigenblatt, um erneut über die Energiewende und Ihre irrealen, nicht umsetzbaren Vorstellungen zu diskutieren. Wieso die Behinderung der Transporte im Interesse des Landes liegen soll, dessen rot-grüne Landesregierung den Atomausstieg ja mitträgt, bleibt völlig unklar. Das Gegenteil ist der Fall. Sich aus der Verantwortung zu stehlen, ist nämlich alles andere als guter Stil und steht Nordrhein-Westfalen nicht gut zu Gesicht.

Im Lichte der Aktionen rund um den letzten Castortransport darf bei dieser Debatte der Appell nicht fehlen, dass es bei friedlichen Protesten bleiben muss. Dies war bei den letzten Demonstrationen leider nicht der Fall; denn brutale Schläge, das Werfen von Steinen und Flaschen auf Polizisten, Brandsätze gegen Einsatzfahrzeuge und das sogenannte Schottern der Gleise waren leider – mit Unterstützung von Linken und Grünen – an der Tagesordnung. Es muss unmissverständlich klar sein, dass ein solches Fehlverhalten nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun hat.

Bisher gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass der Castortransport aufgrund einer zu hohen Strahlenbelastung nicht durchgeführt werden könnte. Vielmehr liegt die Strahlenbelastung deutlich unter dem zugelassenen Grenzwert. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Den handelnden Akteuren kann also keineswegs mangelnde Sorgfalt oder Vorsicht vorgeworfen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch einige Sätze zur Urananreicherungsanlage in Gronau sagen. Herr Aggelidis hat dieses Thema eben auch angesprochen und hier den untauglichen Versuch gestartet, es wieder mit einem Federstrich abzuwickeln.

Bei einer ausgewogenen, nüchternen und objektiven Betrachtung muss man zuallererst klar und deutlich feststellen: In Gronau steht kein Kernkraftwerk. Es finden keine nuklearen Prozesse wie eine Kernspaltung zur Energiegewinnung statt, sondern ausschließlich physikalische Prozesse zur Anreicherung von Uran. Daher kann es zu keiner Kernschmelze kommen, und es können keine radioaktiven Spaltprodukte – Strontium, Cäsium, Jod, radioaktive Edelgase oder Plutonium – freigesetzt werden, da sie schlicht und einfach nicht vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, sofern ein Risiko besteht, ist es – wenn überhaupt – ein chemisches. Dann müsste man diesen Maßstab – aberwitzigerweise – aber auch bei allen chemischen Anlagen in diesem Lande ansetzen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Brockes. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Markert zulassen?

Dietmar Brockes (FDP): Ja, bitte.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Brockes, herzlichen Dank für die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. – Sie haben hier gerade in fast verharmlosender Manier die Produktionsprozesse der Urenco beschrieben. Würden Sie auch ausschließen, dass es dort zu gefährlichen chemisch-physikalischen Kettenreaktionen – beispielsweise infolge von Flugzeugabstürzen – kommen kann? Und würden Sie ausschließen, dass dabei beispielsweise Flusssäure entstehen könnte, die bekanntlich lungenschädlich ist?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Markert, ich habe gerade gesagt – wenn Sie komplett zugehört hätten, wüssten Sie das –, dass es dort zu chemischen Reaktionen kommen könnte, dass aber eben nicht, wie Sie es immer darstellen, nukleare Prozesse ausgelöst werden können.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Sofern dort ein Risiko besteht, ist es – wenn überhaupt – ein chemisches. Wenn das wirklich der Maßstab sein sollte, dann müsste dieser Maßstab zukünftig auch bei allen chemischen Anlagen angesetzt werden. Letzten Endes würde das aber bedeuten, dass hier die Ideologie Maßstab der Politik wäre und nicht die Frage der Sicherheit.

Herr Kollege Markert, was die Risiken angeht, empfehle ich im Übrigen die Lektüre der Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Horzetzky im Wirtschaftsausschuss am 12. Oktober 2011. Dort erklärte der Staatssekretär – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –: „Offensichtlich einschlägig ist derzeit keiner der gesetzlichen Widerrufgründe.“ Die von Ihnen vorgebrachten Probleme bestehen dort eben nicht.

Erhellend ist auch, wenn man sich die Landtagsdebatte aus dem März 2005 vergegenwärtigt, die im Lichte des rot-grünen Ausstiegbeschlusses geführt wurde. Der damalige Energieminister, Herr Horstmann, erklärte, das Kernenergieabwicklungsgesetz von Rot-Grün bedeute, dass Deutschland aus der Kernkraftnutzung aussteige – Zitat Horstmann –, „aber nicht all seine industriellen Aktivitäten unterlasse, die im Kernbrennstoffkreislauf ansonsten eine Rolle spielen“.

Weiterhin erläuterte er – ich zitiere –:

„Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang ... zwischen einem Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergienutzung und dem Betrieb dieser Anlage.“

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stinka, durch Ihre Ausführungen ist deutlich geworden, wie zukünftig Ihre Fraktion mit der Urananreicherungsanlage in Gronau umgeht.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende meiner Ausführungen. Dies ist wieder einmal ein Griff in die ideologische Mottenkiste der Linken. Wir werden deshalb den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht noch einmal Herr Aggelidis.

(Zurufe: Erst der Innenminister!)

Michael Aggelidis (LINKE): Schönen Dank. – Frau Präsidentin!

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist doch nicht die richtige Reihenfolge! – Sigrud Beer [GRÜNE]: Erst der Innenminister! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Wir haben uns dazu entschieden, das so zu machen. Herr Aggelidis hat noch eine Redezeit von 18 Sekunden und darauf verzichtet, eine persönliche Erklärung abzugeben. Das spart Zeit. Dies war der einzige Grund. Selbstverständlich spricht anschließend die Landesregierung.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Kollege Rickfelder, Sie haben uns eben vorgeworfen, wir würden zu Straftaten aufrufen. Ich weise das in aller Schärfe und mit Nachdruck zurück. Sie meinen wahrscheinlich Punkt 2 unseres Antrages, in dem es heißt:

„Der Landtag ermuntert die Bürgerinnen und Bürger, sich vielfach und kreativ an den Protesten zu beteiligen und von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen.“

Zu nicht mehr und nicht weniger rufen wir hier auf, was ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich tue. Aber ich verwahre mich dagegen, dass wir zu Straftaten aufrufen. Sie allerdings offenbaren ein Demokratieverständnis aus dem 18. Jahrhundert. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dass wir jetzt auch mal dran sind. Als Gast des Hauses, als Landesregierung, finde ich die Reihenfolge etwas seltsam. Aber gut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt bei der nordrhein-westfälischen Linie: Alle unnötigen Transporte radioaktiver Stoffe müssen verhindert werden. Hierzu fordern wir die Bundesregierung auf. Unnötige Transporte sind nach unserer Auffassung vor allem solche, die keine Endlagerstätte zum Ziel haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Vermeidung von Castortransporten kann jedoch nur auf rechtlicher Grundlage erfolgen. Das Land selbst hat keine unmittelbaren rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen eine Verbringung von Brennelementen. Für die Erteilung der entsprechenden Beförderungsgenehmigung ist das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig. Aus Anlass des Transportes von Rossendorf nach Ahaus ist diese Rechtsposition bereits 2005 gerichtlich geklärt worden, Herr Aggelidis. Das Land hat keine Möglichkeit, gegen die Beförderungsgenehmigung zu klagen.

Die Landesregierung hat vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan und der politischen Diskussion zur Nutzung der Kernenergie mehrfach darauf hingewirkt, beantragte Transporte zumindest vorübergehend nicht zu genehmigen und im Fall der Genehmigung nordrhein-westfälische Strecken hiervon auszunehmen. Eine Genehmigung zur Beförderung von Kernbrennstoffen ist jedoch eine sogenannte gebundene Erlaubnis, das heißt eine Erlaubnis, die bei Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen erteilt werden muss.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die Genehmigung für die Durchführung des diesjährigen Castortransports nach Gorleben am 1. Juni 2011 erteilt. Bei den Transporten der vergangenen Jahre war Nordrhein-Westfalen nicht von der Hauptstrecke betroffen. Soweit kurzfristig eine Ausweichstrecke durch NRW genutzt wurde, kam es zu keinerlei Störungen oder Störversuchen. Die Sicherung und der Schutz des Transports liegen in der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen und der Bundespolizei. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen unterstützt das Land Niedersachsen mit Kräften der Bereitschaftspolizei. Hierzu bestehen vertragliche Verpflichtungen und – lassen Sie mich das hinzufügen – vertragliche Notwendigkeiten.

Den Vorschlag zur Änderung des Atomrechts mit dem Ziel, den betroffenen Ländern mehr Einfluss auf die Genehmigung von Atommülltransporten zu geben, halte ich grundsätzlich für erwägenswert. Schließlich haben die bisherigen Proteste deutlich gezeigt, dass große Teile der Bevölkerung die Nutzung der Atomkraft und die Transporte radioaktiver Abfälle insgesamt ablehnen. Die vielfältigen Demonstrationen nach Fukushima waren hierfür ein eindeutiger Beleg.

Lassen Sie mich kurz auf die Demonstrationen zum Castortransport eingehen. Das Grundrecht

auf Versammlungsfreiheit gewährleistet das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Geschützt sind nicht alleine Versammlungen, bei denen Meinungen in verbaler Form kundgegeben oder ausgetauscht werden. Ich möchte an dieser Stelle aber ganz deutlich sagen: Für Täter und Teilnehmer von Straftaten wie beim letztjährigen Castortransport nach Gorleben ist eine Berufung auf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgeschlossen.

(Beifall von der CDU und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Das gilt für Beschädigungen von Bahnkörpern genauso wie für Körperverletzungen gegenüber eingesetzten Polizeibeamten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr wir insgesamt einen mehrheitlich gefassten Beschluss im Parlament haben, nach Möglichkeit solche Art von Castortransporten zu verhindern, sind wir doch rechtlich nicht in der Lage, gegen sie vorzugehen. Wir haben sie in einem Rechtsstaat zu akzeptieren. Allerdings bleibt es natürlich unbenommen, sie politisch zu verurteilen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Jäger. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die in Nordrhein-Westfalen befindlichen kerntechnischen Anlagen sind überwiegend stillgelegt – wie Sie wissen –, befinden sich teilweise im Abbau oder sind schon abgebaut. Ganz kurz: Das Kernkraftwerk in Würgassen ist stillgelegt und befindet sich im Abbau. Das Versuchskernkraftwerk AVR in Jülich ist stillgelegt und befindet sich im Abbau. Der Forschungsreaktor Jülich 1 in Jülich ist abgebaut. Der Forschungsreaktor Jülich 2 ist stillgelegt und für den Abbau vorgesehen. Der Thorium-Hochtemperaturreaktor-300 in Hamm-Uentrop ist ebenfalls stillgelegt und befindet sich im Erhaltungsbetrieb des sicheren Einschlusses.

Im Gegensatz zu diesen Altanlagen ist die Urananreicherungsanlage Gronau weiterhin in Betrieb. Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat sich die Landesregierung mit ihrem Vorschlag, auch die Urananreicherungsanlage in den Atomausstieg einzubeziehen, im Gesetzgebungsverfahren zur Energiewende leider nicht durchsetzen können. Aber der politische Wille der Landesregierung ist klar: Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wollen wir die Einbeziehung der Urananreicherungsanlage Gronau in den Atomausstieg. Die Landesregierung

prüft zurzeit die politischen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung geht im Übrigen davon aus, dass mit den im Antrag der Fraktion Die Linke erwähnten atomaren Anlagen keine Zwischenlager gemeint sind. Diese müssen nämlich bis zur Verfügbarkeit eines Endlagers noch geraume Zeit in Betrieb bleiben. Zur Verdeutlichung: Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie hat zur Folge, dass ein erhöhter Anfall radioaktiver Abfälle unvermeidbar ist und die vorhandenen Zwischenlagerkapazitäten vollständig genutzt werden müssen. Deshalb ist der weitere Betrieb der Zwischenlager bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Endlager zur geordneten Beseitigung der radioaktiven Abfälle bereitsteht, erst einmal unumgänglich. Wir hoffen, dass das so schnell wie möglich der Fall ist. – Dafür vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister Voigtsberger. – Wir sind am Schluss der Beratung. Ich möchte das Plenum darauf hinweisen, dass die Landesregierung die vereinbarte Redezeit um 1:29 Minuten überschritten hat. Besteht noch Redebedarf? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/2981**. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Fraktion Die Linke. Wer ist dagegen? – Alle übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

erste Lesung

Die Beratung eröffnet für die Landesregierung Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 19. Juni 2011 jährte sich die sogenannte Integrationsoffensive des nordrhein-westfälischen Landtags zum zehnten Mal. Die damals von allen im Landtag vertretenen Fraktionen getragene Integrationsoffensive ist ein Dokument der politischen Ehrlichkeit und des nüchternen Realismus. Sie anerkennt ohne Um-

schweife und semantische Verbiegungen, dass sich Nordrhein-Westfalen zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Sie ist gleichzeitig sichtbarer Ausdruck eines parteiübergreifenden Konsenses in der Integrationspolitik. Ohne diesen Konsens hätte NRW seine immer wieder unter Beweis gestellte bundesweite Vorreiterrolle in der Integrationsarbeit nicht übernehmen können.

Keine Landesregierung, meine Damen und Herren, beginnt ihre Integrationspolitik beim Punkt null. So richtig 2005 die Entscheidung war, ein Integrationsministerium zu schaffen, so richtig ist es jetzt, Nordrhein-Westfalen zum ersten Flächenland zu machen, das seine Integrationspolitik auf eine verbindliche gesetzliche Grundlage stellt. Das ist weit über die Landesgrenzen hinaus auch von bundespolitischer Bedeutung.

Mit unserem Gesetz setzen wir eine Forderung der sogenannten Süßmuth-Kommission aus dem Jahre 2001 um. Damals forderte Frau Prof. Süßmuth die Schaffung von untereinander abgestimmten Integrationsgesetzen des Bundes und der Länder. Der Bund hat mit seinem Aufenthaltsgesetz von 2005 im Wesentlichen die Erstintegration gesetzlich geregelt. Seither konnten bereits über 700.000 Menschen an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Nordrhein-Westfalen legt nun mit seinem Gesetz den Schwerpunkt auf die nachholende und nachhaltige Integration. Zusammengenommen entsteht so Schritt für Schritt ein aufeinander abgestimmtes gesamtstaatliches Integrationskonzept.

Meine Damen und Herren, ein zentrales Element des Gesetzes ist die Stärkung der Integrationskraft der Kommune. Das ist der Landesregierung besonders wichtig. Integration findet vor Ort statt. Sie kann nur in enger Kooperation mit den Kommunen gelingen. Ich habe mir bei meiner Integrationstour durch NRW ein Bild davon machen können, dass es überall im Land engagierte Menschen und Organisationen in der Integrationsarbeit gibt. Aber ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass deren Arbeit noch zu wenig systematisch koordiniert wird. Dies wollen wir verbessern.

Die Landesregierung will deshalb die erfolgreichen Ansätze beim Programm „Komm-Inn – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“ und bei den RAAs zusammenführen und zu kommunalen Integrationszentren, kurz: KIZ, weiterentwickeln, und zwar nicht nur in den 27 Kommunen mit RAAs, sondern in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen.

Dies sichert landesweit eine passgenaue Ausrichtung der Integrationsarbeit vor Ort. Integration muss vor Ort gesteuert und koordiniert werden, damit die Effektivität dieser Arbeit auch steigt. Dafür stellt das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales 7,4 Millionen € zur Verfügung. Hinzu kommen etwa 2,5 Millionen € aus dem Etat des Ministeriums für